



ISRAEL: ANNEXIONSPLÄNE VERSTOSSEN GEGEN DAS VÖLKERRECHT

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Am 20. April, nach der dritten Wahl Israels innerhalb von zehn Monaten, bildeten der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein Rivale Benny Gantz eine Koalition im Rahmen eines Einheitsabkommens. Darin ist ein Abkommen enthalten, das es der israelischen Regierung erlaubt, den internen Prozess der „Annexion“ von Teilen des besetzten Westjordanlandes zu beginnen, das israelische Siedlungen und das Gebiet des Jordantals umfasst. Nach dem Koalitionsvertrag zwischen Netanjahu und Gantz kann die Regierung ab dem 1. Juli 2020 „Annexionspläne“ zur Debatte und Billigung des Kabinetts und des israelischen Parlaments, der Knesset, vorlegen.

Israels „Annexionsplan“ folgt auf die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump über seinen sogenannten „Jahrhundertdeal“ im Januar 2020, der vorschlug, Gebiete des besetzten Westjordanlandes von Israel zu annektieren. Amnesty International hat deutlich gemacht, dass der Plan der Trump-Administration nur dazu dienen würde, Menschenrechtsverletzungen zu verschlimmern und die tief verwurzelte Straflosigkeit zu verankern, die jahrzehntelange Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere Verletzungen geschürt hat.

Berichten zufolge könnte der israelische Vorschlag bis zu 33 % der Gesamtfläche des Westjordanlandes umfassen.

10 INFOS ÜBER DIE „ANNEXION“:

1. VERLETZUNG DES VÖLKERRECHTS

Durch die „Annexion“ werden die besetzten palästinensische Gebiete (OPT) mit Gewalt Teil des Territoriums Israels. Dies stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar.

2. MISSACHTUNG DES VÖLKERRECHTS

Israel setzt mit der rechtswidrigen Annexion seine Politik der zynischen Missachtung des Völkerrechts fort.

3. VERSCHÄRFUNG VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Eine Annexion verschärft die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser und will ihnen damit den Schutz des humanitären Völkerrechts entziehen.

4. VERANKERUNG INSTITUTIONALISierter DISKRIMINIERUNG

Eine Annexion bedeutet die Fortsetzung des israelischen Siedlungsbaus, die Verankerung von Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung sowie die Verweigerung der bürgerlichen und politischen Rechte der Palästinenser.

5. BEITRAG ZU „KRIEGSVRECHEN“

Art. 49, Vierte Genfer Konvention: „Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder überführen.“ Sie verbietet auch „individuelle oder massenhaft gewaltsame Überstellungen sowie Abschiebungen geschützter Personen aus besetztem Gebiet“.

Der Bau von dauerhaften, israelischen Siedlungen auf besetztem Land und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, verstößt gegen das humanitäre Völkerrecht und stellt ein Kriegsverbrechen dar.

6. MUSS ABGELEHNT WERDEN

Die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft müssen die Wahrung des Völkerrechts durchsetzen, den (Aus-) Bau israelischer Siedlungen im OPT stoppen, den „Jahrhundertdeal“ sowie weitere Bestrebungen die Menschenrechte der Palästinenser zu untergraben, ablehnen.

7. ÄNDERT NICHT DIE RECHTLICHEN VERPFLICHTUNGEN ISRAELS

Die Annexion ist völkerrechtsrechtswidrig und ohne internationale Rechtswirkung. Sie würde weder den völkerrechtlichen Rechtsstatus noch Israels Verantwortung als Besatzungsmacht aufheben.

Art. 47, Vierte Genfer Konvention: „geschützten Personen, die sich in einem besetzten Gebiet befinden, dürfen weder ihre Rechte infolge der Besetzung ... oder durch eine Annexion des gesamten oder eines Teils des besetzten Gebiets durch die Besatzungsmacht entzogen werden.“

8. SONSTIGE SCHWERWIEGENDE AUSWIRKUNGEN

Palästinensische Bewohner aus den annektierten Gebieten werden keine israelische Staatsbürgerschaft erhalten und sehen sich durch wahrscheinliche Massenenteignungen bedroht. Außerdem vertieft eine Annexion die Verletzungen des Rechts der Palästinenser auf angemessenen Wohnraum und deren Bewegungsfreiheit.

9. PROVOZIERT DIE PALÄSTINENSISCHER SEITE

Die palästinensische Seite bezeichnet den Plan als abstoßend, fordert Sanktionen gegen Israel und erklärt das Ende der Sicherheitskoordination zwischen den palästinensischen Behörden und Israel. Die Hamas versteht die Annexion als Kriegserklärung und fordert ein Vorgehen gegen den Plan. Am 1. Juli protestierten Hunderte Palästinenser in Gaza gegen Israels Annexionsplan.

10. IST SCHON EINMAL PASSIERT

1967 „annektierte“ Israel einseitig Ostjerusalem und besetzte nach dem Krieg die syrischen Golanhöhen.